

Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **98 (2001)**

Heft 2

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

Ruf nach billigen Arbeitskräften: Landwirtschafts- und Gewerbekreise wollen vermehrt unqualifizierte ausländische Hilfskräfte anstellen. SVP-Nationalrat Jean Fatteberg (VD) reichte, unterschrieben von 20 Kollegen – vor allem Bauern aus SVP, FDP und CVP – eine Motion ein, die einen neuen Aufenthaltsstatus einführen will. Dieser würde unabhängig von Herkunft und Qualifikation der AusländerInnen für Tätigkeiten gewährt, die auf acht Wochen befristet sind. Als «pikant» bezeichnete die NZZ Anfang Januar die Begründung, wonach die Landwirtschaft heute auf Schwarzarbeit angewiesen sei, um die Ernte einzubringen. «Höhere Löhne für legale Arbeitskräfte aus der Schweiz oder aus einem EU-Land zu zahlen, ist für die Motionäre offenkundig keine Alternative», schrieb die Zeitung.

EKA komplett: Nach mehreren Rücktritten anfangs 2000 ist die Eidgenössische Ausländerkommission (EKA) wieder vollzählig. Der Bundesrat hat noch im Dezember die Kommission neu bestellt. Sie umfasst 29 Personen, neben VertreterInnen von Kirchen und Verbänden sowie von Städten und Kantonen arbeiten auch Ausländerorganisationen mit. Viele Mitglieder sind ausländischer Herkunft: Sie stammen aus Italien, Spanien, Portugal, Türkei, Kroatien, Kosovo, Ecuador, Brasilien, Philippinen und Tunesien. Allerdings wurde der in der neuen Integrationsverordnung fixierte Mindestanteil von 50 Prozent AusländerInnen nicht erfüllt. Der Sinn dieser Verordnung werde den-

noch in «hohem Mass» erfüllt, sagte EKA-Präsidentin Rosmarie Simmen, seien doch etliche Personen mit Schweizerpass vertreten, die über grosse Erfahrungen darüber verfügten, «was es heisst, als Ausländer in der Schweiz zu leben». Der Bundesrat bestätigte Rosmarie Simmen als Präsidentin und Walter Schmid als Vizepräsidenten der EKA.

Mehr Gesuche als erwartet: Bis Anfang Januar gingen bei der EKA 164 Gesuche zur finanziellen Unterstützung von Integrationsprojekten ein. EKA-Vizepräsident Walter Schmid rechnet mit total 300 Gesuchen und einem Volumen von 25 bis 30 Millionen Franken. Der EKA stehen allerdings lediglich 10 Millionen zur Verfügung, für das nächste Jahr will sie eine Aufstockung des Kredites fordern.

Soziale Frührente: Linke, Bauern und welsche Bürgerliche beschlossen Mitte Januar in der Nationalratskommission ein Modell, das Rentenkürzungen bei Frührenten für Leute bis zu einem mittleren Einkommen besser abfedert. Dafür sollen entgegen der Absicht des Bundesrates 800 statt nur 400 Millionen Franken eingesetzt werden. Zudem soll als massgebliches Einkommen auf das reine Erwerbseinkommen, ohne Kinderbetreuungszulagen, abgestellt werden. Laut der Zeitung «Der Bund» würde die monatliche Rentenkürzung bei einer Pensionierung mit 62 Jahren bei einem Einkommen von 50'000 Franken von 300 Franken (Bundesratsmodell) auf 142 Franken reduziert. gem